


Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 d. Abendblatt 80 d. Reklamen
 4 250 Abendbl. 4 3—, 40% Teuerungszuschlag,
 Stellensuche 10% Teuerungszuschl. Familien-
 anzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorsch. ohne
 Verbindlich. — Anzeig. nehm. an: Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 38/37, Schaller-
 str. 20. Mainz: Bohillerpl. 3. Berlin: Mauertstr. 16/18,
 Dresde: A. Waisenhausstr. 25. München: Perunstr. 5,
 Osnabrück: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4436.

Vor der Uebergangswirtschaft.

VII. *)

Höchstpreis und Weltpreis.

A. F. Mehr oder minder alle Staaten haben sich im Kriege vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, wenigstens die unentbehrlichsten Waren des täglichen Lebensbedarfs der Bevölkerung zu einigermaßen erschwinglichen Preisen darzubieten. Zwei Wege ergaben sich dafür. Der Staat (oder eine andere öffentliche Institution) konnte der Bevölkerung die Waren dadurch verbilligen, daß er einen Teil der hohen Preise auf seine eigene Kasse übernahm. So zahlt zum Beispiel England allein für das Brot einen Staatszuschuß von angeblich 800 Millionen Mark im Jahre. Unsere Volksküchen und Ähnliches beruhen auf dem gleichen System. Aber unendlich wichtiger wurde für uns der andere Weg, die Festsetzung von Höchstpreisen. Ihnen lag ein klarer Gedanke zu Grunde. Waren wir schon abgeschnitten von der Zufuhr der Welt, so wollten wir neben den Nachteilen auch die Vorteile davon haben, so sollte sich der Preis für die Inlandsware nach den Verhältnissen des geschlossenen Inlandsmarktes richten, nicht nach der durch ganz fremde Ursachen bewirkten Verteuerung der Auslandswaren. Bekamen wir schon kein amerikanisches Getreide, so konnte uns auch die Steigerung des Chicagoer Weizenpreises gleichgültig sein; bekamen wir kein neues Kupfer ins Land, so sollte das Reich für das im Lande vorrätige, billig eingekaufte Kupfer nicht die enormen New Yorker Kriegspreise zahlen; mußten die kohlenarmen Neutralen für die englische und, viel später, auch für die deutsche Kohle ein Vielfaches des Friedenspreises anlegen, so sollten wenigstens die inländischen Preise für die deutsche Kohle nicht auf die gleiche Höhe klettern. Und noch viel weniger sollten, soweit es sich verhindern ließ, Volk und Staat den Produzenten und den Besitzern von Friedensvorräten die Phantasiepreise zahlen, die sich bei dem absoluten Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage für eine große Zahl von Waren, und schließlich für alle, im freien Spiel der Kräfte unzweifelhaft ergeben hätten. Darum Höchstpreise, auskömmlich für die eine, vernünftig für die andere Seite — das wurde, mit allen Mißgriffen, Härten und Unausgeglichenheiten, die ein solches Suchen nach dem „gerechten“ Preise ganz selbstverständlich immer begleiten werden, aber eben doch aus der Notwendigkeit unserer Lage heraus richtunggebend für unsere Kriegswirtschaft.

Und nun kann sich für die Uebergangswirtschaft das ungeheure schwere Problem aufstellen: wir verhalten wir uns, wenn der Friedensschluß Deutschland aus einem geschlossenen Handelsstaat wieder zu einem Gliede der Weltwirtschaft macht, und wenn dann die Weltmarktpreise wichtiger Warengruppen wesentlich höher als die bisherigen deutschen Höchstpreise sind? Der Fall muß nicht, oder nicht für alles, eintreten, nämlich dann nicht, wenn mit Friedensschluß die Weltmarktpreise ihrerseits sinken, und wenn umgekehrt bis dahin die deutschen Höchstpreise noch weiter in dem in letzter Zeit üblich gewordenen Maße heraufgesetzt worden sind. Die Illusion, daß staatlich festgesetzte Höchstpreise billige Preise seien, hat man ja längst aufgegeben; die tatsächlichen Machtverhältnisse, die noch immer nach Bassalles Wort die eigentliche Verfassung sind, sehen sich auch dabei vor und hinter den Kulissen durch; in dem von mancher Seite jetzt empfohlenen und von den Interessenten heiß befürworteten „Aufbau der Höchstpreise nach oben“ haben wir ohne Zweifel schon erhebliche Fortschritte gemacht. Immerhin. Wir hatten teure Einfuhr auch schon im Kriege; aber da gab es immer die Möglichkeit, daß das Reich mit seiner großen Kriegskasse diese teuren Waren für das Heer übernahm. Schwieriger war es schon beim Friedensschluß mit der Ukraine: wir mußten infolge der Rübelentwertung unmögliche Preise für das Getreide bewilligen und konnten uns nur durch entsprechende Preise für die deutsche Einfuhr schadlos halten; solche Aufrechnung, hier schon sehr mühsam, würde in größeren Verhältnissen noch viel schwieriger sein. Ueberhaupt wird jede Preisregelung im Frieden auf noch viel mächtigere Hindernisse stoßen, als schon im Kriege. Der Schleichhandel, der Schmuggel wird noch viel mehr Wege zur Umgehung finden. Und außerdem wird dann für große Warengebiete das wichtigste Werkzeug der Kriegswirtschaft, die Beschlagnahme, nur noch viel unvollkommener benutzbar sein: man kann, worauf von industrieller Seite ganz richtig hingewiesen wurde, zwar im Kriege die Türklinsen beschlagnahmen und einziehen, um Granatringe daraus zu machen, aber man kann nicht im Frieden die Kronleuchter beschlagnahmen, wenn die Industrie das Material verwenden will, um irgend ein Friedensprodukt, zum Beispiel — Kronleuchter daraus zu fabrizieren! Das ist eine Mahnung mehr, die Versuche zur Preisregulierung nach dem Kriege auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 16., 19., 28. und 30. Juni, und vom 3. und 7. Juli.